Mai 1977

blick punkt

Extra-Ausgabe der Stadtzeitungen der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Mörfelden und Walldorf

DIE SAUBERSTE LÖSUNG:

Fusions-Aufhebung

Eine Stadtverordnetenversammlung mit 600 Zuschauern – wo hat es das schon einmal gegeben? Die hohe Besucherzahl beweist einmal mehr, wie sehr den Bürgern das Thema Fusion und Namensfrage unter die Haut geht.

Der Tagesordnungspunkt „Stadtname", der die Zuschauer anlockte, kam erst spät – dann aber gingen die Wogen hoch. Der eine Teil der Zuschauer war für „Waldfelden", der andere, möglicherweise größere Teil, wollte den Doppelnamen Mörfelden-Walldorf. Aber eigentlich fast alle klatschten, als es hieß: „Macht die Fusion rückgängig, das ist die sauberste Lösung!" Einen entsprechenden Antrag legte dann auch die DKP-Fraktion auf den Tisch des Hauses, über den in Kürze abgestimmt wird.

Sicher jedoch hatte diese Stadtverordnetensitzung am 17. Mai 1977 in der Walldorfer Stadthalle, schon historische Bedeutung, die Mehrheit der Stadtverordneten stimmte nämlich für den Doppelnamen Mörfelden-Walldorf, der von zwei SPD-Stadtverordneten und der DKP-Fraktion beantragt wurde. Die endgültige Entscheidung liegt jetzt bei der Landesregierung.

Für die Bürger, die keine Gelegenheit hatten, diese Stadtverordnetenversammlung zu besuchen, geben wir zur Information diesen Extra-„blickpunkt" für Mörfelden und Walldorf heraus, in dem die Erklärungen der DKP-Fraktion im Wortlaut abgedruckt sind.

Zahlreiche Transparente und Schilder brachten die Fusionsgegner zur Sitzung in die Walldorfer Stadthalle mit. Die Zustimmung der Mehrheit erhielt dabei sicher das Spruchband „Könnt' Ihr Euch nicht einig sein, dann reicht heut' die Scheidung ein." Auf einem Schild konnte man lesen „Gebietsreform die nutzt den „Großen", den „Kleinen" geht sie in die Hosen!"

Erklärung der DKP-Fraktion zum Thema Fusion und Namensgebung

Wir haben heute die erste tiefgehende Auseinandersetzung über Fusionsfolgen im Stadtparlament. Weitere Konflikte sind voraussehbar. Wir meinen, daß es heute notwendig ist, Emotionen weg zu lassen und grundsätzlich zu debattieren.
Als am 28. Februar 1974 die Mehrheit der beiden Stadtverordnetenversammlungen der Landesregierung grünes Licht für die Fusion signalisierte, war für viele Stadtverordnete die zustimmten, noch nicht klar, welche Probleme ein solcher Schritt bringen würde. Vor allem, die Sozialdemokraten ahnten noch nicht, daß diese Gebietsreform in Hessen zum Hauptgrund ihrer größten Wahlniederlage nach 1945 werden würde. Die Gebietsreform in Hessen, in deren Rahmen auch unsere Städte fusioniert wurden, verringerte die Zahl der zu wählenden Abgeordneten um fast 6.000, die Zahl der Kreise von 39 auf 20 und die Zahl der selbständigen Gemeinden von 2.642 auf 417. Im Kreis-Groß-Gerau, wo es vor sechs Jahren noch 29 Kommunen gab, gibt es jetzt nur noch 14 selbständige Gemeinden.

Mit den Stadtnamen sind die Menschen verwurzelt

Die Gebietsreform wurde in Hessen, aber auch in CDU-regierten Ländern, rigoros und undemokratisch durchgezogen. Wir stimmten 1974 im Parlament dagegen, wir verlangten, daß man vorher die Bürger befragt. Das aber wurde von allen Parteien abgelehnt. Ohne heute unsere bekannten Argumente gegen die Fusion wiederholen zu wollen, kann man doch sagen, daß diese Fusion einen tiefen Einschnitt in das Leben der Menschen bedeutet. Und es zeigt sich gerade in den letzten Monaten – auch Stadtnamen sind nicht nur geographische Bezeichnungen. Namen wie Gießen und Wetzlar sind deutsche Geschichte, und auch mit unseren Stadtnamen sind die Menschen eng verwurzelt. Wer dies nicht beachtet und sich darüber hinwegsetzt, handelt undemokratisch.
Wie aber, meine Damen und Herren, sieht die Stimmung in der Bevölkerung wirklich aus? Zunächst einmal wollen die Bürger, daßsdas Hin und Her endlich aufhört, daß Entscheidungen getroffen werden.

Die Mörfelder Bevölkerung hat sich bereits entschieden

In Mörfelden haben sich bei der offiziellen Bürgerbefragung 83 Prozent der abgegebenen knapp 6.000 Stimmen für den Doppelnamen entschieden. Bei der Unterschriftensammlung der Bürgerinitiative „Mörfelden bleibt" haben sich weit über 3.000 Bürger gegen die Fusion und den Namen „Waldfelden" ausgesprochen.
Allein in den letzten Tagen haben über 600 Mörfelder Bürger einen Appell an die heutige Stadtverordnetenversammlung gerichtet, in dem es unter anderem heißt: Wir bitten bei der Abstimmung für den Namen Mörfelden-Walldorf zu stimmen. Wenn sich eine Einigung nicht herstellen läßt, schlagen wir vor, daß die Fusion aufgehoben wird.
Diesen Aufruf haben mittlerweile auch bekannte Mörfelder Kommunalpolitiker wie die Herren Brehl, Arndt und Thomas unterschrieben, wie wir heute abend lesen konnten.
Wir glauben, diese Fakten beweisen deutlich, wie stark die Ablehnung der Fusion in der Mörfelder Bevölkerung immer noch ist.

Auch die Walldorfer wollen, daß „Walldorf bleibt"

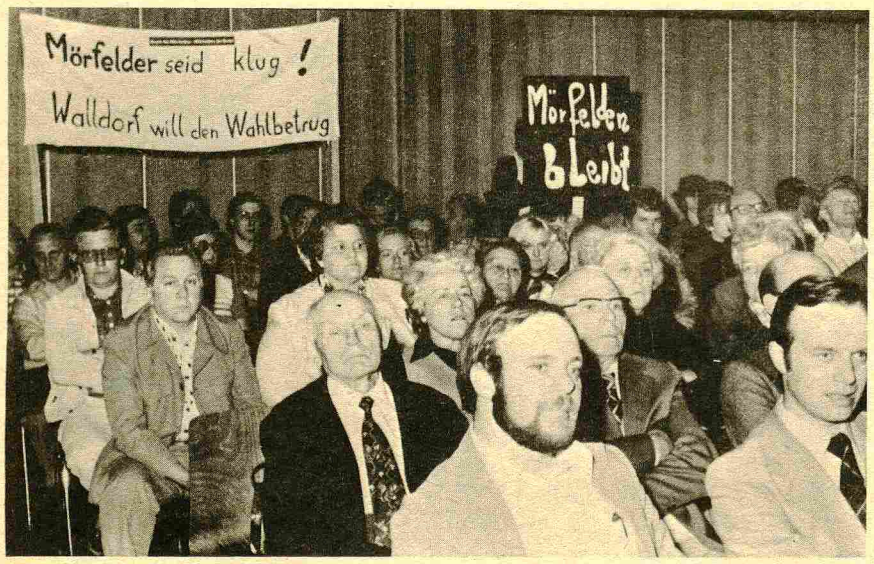
In Walldorf haben viele Bürger für den Namen „Waldfelden" unterschrieben. Auch hier aber wollen die meisten Unterzeichner, daß ihr Stadtname, der Name Walldorf, wenigstens als Stadtteilbezeichnung erhalten bleibt.
An allen diesen Befragungen und Unterschriftsaktionen läßt sich der Unmut, das Unbehagen der Bevölkerung über die Fusion ablesen. Die übergroße Mehrheit der Einwohner hat jetzt langsam die Nase voll. Viele sehen entsetzt, wie auf kaltem Wege überall der Name „Waldfelden" eingeführt wird. Erst jetzt wieder im neugedruckten Telefonbuch. Das ist ein Skandal – und das haben die zu verantworten, die die Fusion gemacht haben.
Im Februar 1974 stimmten alle Stadtverordneten der SPD, CDU und der FDP gegen einen Antrag der DKP, der die Zustimmung zur Fusion von einer Bürgerbefragung abhängig machen wollte. Heute fordern die Vertreter derselben Parteien, die vor drei Jahren die Bürgerbefragung ablehnten, einen Bürgerentscheid über den künftigen Namen. Wir meinen, wenn schon Bürgerbefragung, dann müßte es eine Befragung sein, die nicht nur nach einem Namen fragt, sondern an den Grund des Übels geht, es müßte eine Befragung zur Fusion sein.

Für enge Städtepartnerschaft – gegen die Fusion!

Wir sind auch ganz sicher, daß es von der großen Mehrheit der Bevölkerung begrüßt würde, wenn man die ganze Fusion schnellstmöglich rückgängig machen würde. Das wäre für alle Beteiligten die sauberste Lösung. Wir sind für eine freundschaftliche, enge Zusammenarbeit der beiden Städte, aber die Fusion ist dabei nicht notwendig.
Wir schlagen in einem Antrag vor, die Städteverbindung aufzulösen.

Der Antrag der DKP-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:
Der Magistrat wird beauftragt, sich mit der Landesregierung in Verbindung zu setzen, um eine frühstmögliche Auf- ▷



Mit großem Ernst verfolgten die Zuschauer das Geschehen. In der Namensfrage waren Walldorfer und Mörfelder meist geteilter Meinung, aber fast alle teilten die Ansicht: Fusionsauflösung wäre das Beste.

▽ lösung der Fusion von Mörfelden und Walldorf zu erreichen und Neuwahlen zu getrennten Parlamenten einzuleiten.

BEGRÜNDUNG:

Die Fusionszustimmung der Stadtverordnetenversammlungen von Walldorf und Mörfelden am 28. Februar 1974 ist nicht mehr aufrechtzuerhalten. Eine Reihe damals akuter Gründe für eine Städteverbindung sind mittlerweile hinfällig geworden. Neue Einsichten haben Platz gegriffen. So konnte die prinzipielle mehrheitliche Ablehnung der Fusion durch die Bevölkerung bis heute nicht abgebaut werden, was deutlich bei der Auseinandersetzung um den Namen der Stadt wieder sichtbar wurde. Alle jetzt gewählten Kommunalpolitiker erklären gleichzeitig, daß sie für eine weitgehende Zusammenarbeit der beiden Städte eintreten werden.

●

DIE ARGUMENTE VON GESTERN BLEIBEN AKTUELL

Die DKP hat 1974 gegen die Fusion gestimmt. Unsere Argumente von damals haben noch Gültigkeit.

Fusionsfolgen sind:

- **Geringere Überschaubarkeit der Verwaltung;**
- **längere Wege zur Verwaltung;**
- **größere und teurere Verwaltungsapparate;**
- **Gebührenangleichungen „nach oben";**
- **große Probleme und Kosten bringen die Änderungen von Straßen- und Ortsnamen.**

Mittlerweile gibt es neue Argumente gegen den Städtezusammenschluß. Durch die allgemeinen Krisenerscheinungen ist der Bauboom abgeklungen. Es ist nicht notwendig und es wäre auch falsch, die Freifläche zwischen Walldorf und Mörfelden zuzubauen. Die ersten Monate Fusions-Praxis zeigen, daß man eine Verwaltung „unter einem Dach" anstrebt. Das heißt, ein Rathausneubau ist in Sicht. Die Gebietsreform, in deren Rahmen auch die Fusion von Mörfelden und Walldorf fällt, nützt den „Großen". Den allmächtigen Industrieplanern ist „mehr Demokratie" hinderlich. Man fürchtet die Bürgernähe und die Einspruchsmöglichkeiten vieler kleinerer Parlamente. Man braucht größere Verwaltungseinheiten, um mit weniger Stellen verhandeln zu können, wenn z.B. die Großindustrie oder der Flughafen Forderungen stellt.

Nicht gegeneinander gehen!

Es ist erschreckend, welche Emotionen jetzt in der Namensfrage aufgepeitscht werden. Was steckt dahinter? Wer profitiert von den gegeneinander aufgebrachten Menschen? Jeder weiß, daß es früher oft ziemliche Rempeleien zwischen Mörfelden und Walldorf im Feld und auf dem Fußballplatz gab. Diese Unsitte hat Gott sei Dank aufgehört. Wenn man aber die Zeitung liest, und wenn man die Stadtverordnetenversammlung in der Stadthalle besucht hat, könnte man meinen, es wäre bald wieder soweit. Der SPD-Ortsverein steht vor der Spaltung. Die CDU von Walldorf ist in der Fusions- und Namensfrage anderer Meinung als die CDU von Mörfelden. Von der FDP wollen wir gar nicht erst reden. Die DKP ist, das läßt sich lückenlos belegen, in Walldorf und Mörfelden in dieser Frage einer Meinung. Wir waren und sind in beiden Städten gegen die Fusion. Wir waren in beiden Städten dafür, daß man erst die Bürger befragen muß. Aber man hat uns im Stadtparlament ausgelacht und niedergestimmt, man hat gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung fusioniert. Heute hat man den Salat! Daß sich der Streit in der Namensfrage so entwickelt, liegt daran, daß hier der ganze Fusionswidersinn so deutlich wurde. Das muß man sich nur einmal vorstellen: Da wird vom grünen Tisch über die Bevölkerung hinweg, einer Stadt, die 1200 Jahre Mörfelden heißt, ein Kunstname verpaßt. Wer wundert sich da eigentlich, daß die Mörfelder wütend sind?

Auch hier soll der Name Walldorf einfach von der Landkarte verschwinden. Da müssen ja die Leute ärgerlich werden und nach Auswegen suchen! Für viele war die „Aktion Waldfelden" so ein Ausweg, weil sie dachten, da bleibt „Walldorf" wenigstens als Stadtteilnamen erhalten. Dies aber ist mit Sicherheit ein Trugschluß, denn für die Herren „da oben" steht sowieso nur „Waldfelden 1 und 2" zur Debatte.

Die Initiatoren der „Aktion Waldfelden" spielten, bewußt oder unbewußt, die Karte des Wiesbadener Innenministeriums. Denn dort sieht man, mit der Zusage, den Namen „Waldfelden" zu ändern, eine Lawine auf sich zukommen. Die Fusion von Walldorf und Mörfelden ist zu diesem Zeitpunkt ein Fehler (das sehen übrigens heute viele Kommunalpolitiker in beiden Städten ein).

Im Februar 1974 bestand keine Notwendigkeit dazu und heute gibt es schon ganz und gar eine andere Entwicklung. Wir sind für enge Beziehungen zwischen Walldorf und Mörfelden. Wir wollen aber, unter anderem, um die beiden Namen zu erhalten, daß die Fusion rückgängig gemacht wird. Ich würde mich freuen, wenn einmal vorurteilsfrei diese Möglichkeit überdacht würde! Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg!

Lorenz Pons
Stadtverordneter der DKP
Walldorf, Waldenserstraße 4
Telefon: 33 35

****

KASTRIERT

Die Fusion und das „gemeinsame" Parlament bringt schon tolle, ungewöhnliche Erscheinungen hervor. Da gibt es erstmals in der neueren Parlamentsgeschichte unseres Raumes eine „Große Koalition" der „Waldfelden"-Befürworter — fünf Walldorfer Sozialdemokraten und drei Walldorfer CDU-Leute bringen „gemeinsam" einen Antrag ein. Da gibt es zwei (2!) sozialdemokratische „Einzelkämpfer" aus Mörfelden, die den Doppelnamen beantragen. Man sieht hier schon an den Äußerlichkeiten, wie zerrissen der SPD-Ortsverein ist. Es ist sicher, der Kitt, der das wieder kitten soll, ist noch nicht erfunden. Wie weit diese Entwicklung allerdings schon geht, merkten wir, zugestanden etwas verblüfft, in der Stadtverordnetenversammlung. Die Sozialdemokraten beschlossen nämlich, zu schweigen. Sie schwiegen, weil sie sich sonst gegenseitig angeschrieen hätten. Und so kam es, daß die stärkste Gruppe im Parlament zu einem Thema, das die Menschen berührt, das 600 Zuschauer bringt, nichts zu sagen hatte. Sie hat sich selbst kastriert.

Wir meinen, daß dieser Zustand die Sozialdemokraten zum Nachdenken bringen müßte. Zum Beispiel darüber, ob man die Fusion, die ja die Ursache der Misere ist, und die man ja heute mehrheitlich für falsch hält, aufheben könnte. Der Antrag der DKP steht demnächst zur Abstimmung. rh

DKP gegen Erhöhung der Sitzungsgelder

Ein wichtiger Punkt der Stadtverordnetenversammlung war die Diskussion und Annahme der Hauptsatzung.
Die DKP-Fraktion machte hierzu eine Reihe von Vorschlägen, deren Kernpunkt die Ablehnung der drastischen Sitzungsgeld-Erhöhungen war. In ihren Anträgen zur Hauptsatzung schlug die DKP u.a. vor, daß die Zahl des Magistrats auf acht beschränkt wird.

Aus der Erklärung der DKP-Fraktion zum Entwurf der Hauptsatzung der Stadt Mörfelden/Walldorf

„Bei Paragraph 5 schlagen wir vor, daß im Abschnitt 2 die Zahl der Stadträte auf acht begrenzt wird, da eine personelle Aufstockung des Magistrates nicht unbedingt eine Verbesserung der Qualität seiner Arbeit bedingt. Sollte sich in der Diskussion ergeben, daß für die Erhöhung auf zwölf Magistratsmitglieder sachliche Gründe vorliegen, das heißt, daß für jedes Magistratsmitglied ein festumrissenes Fachgebiet vorliegt, dann sind wir bereit, unsere Entscheidung zu überdenken.
Bei den folgenden Punkten, bei denen es um die pauschale Abgeltung von Auslagen und um Aufwandsentschädigungen geht, halten wir die allgemeine drastische Heraufsetzung der Bezüge für nicht gerechtfertigt.
So wollen wir, daß das seitherige „Sitzungsgeld" im Absatz 3 festgelegt, bei 10,– DM belassen werden sollte. Allerdings meinen wir, daß Stadtverordnete, die aus Gründen einer besseren fachlichen Arbeit und einer besseren Information auch die Ausschußsitzungen besuchen, bei denen sie nicht als Mitglied gewählt sind, dafür ebenfalls das „Sitzungsgeld' erhalten sollten. Damit wird das besondere Engagement im Interesse der Bürger berücksichtigt."

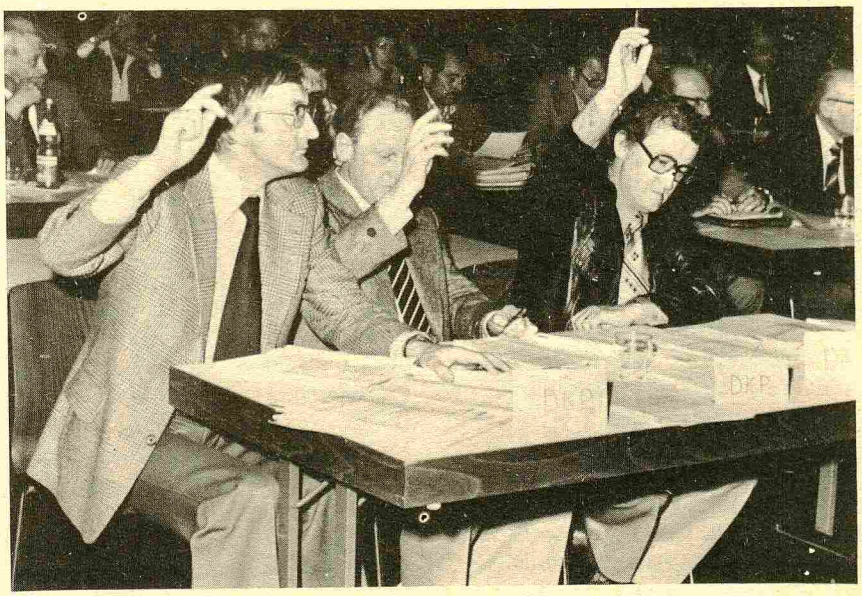
In der neuen Hauptsatzung ist vorgesehen, daß der Stadtverordnetenvorsteher, die ehrenamtlichen Stadträte und, auf Zusatzantrag der SPD-Fraktion, die Fraktionsvorsitzenden eine zusätzliche Aufwandsentschädigung von monatlich 100 DM erhalten. Die Vorsitzenden der Ausschüsse sollen zusätzlich 50,– DM bekommen. Die DKP war strikt gegen diese Erhöhung und machte in ihren Anträgen folgende Veränderungsvorschläge:

„Beim Paragraph 7, Absatz 5 schlagen wir folgende Veränderung der Aufwandsentschädigung vor:
Der Stadtverordnetenvorsteher sollte nur 50,– DM und die ehrenamtlichen Stadträte nur 50,– DM erhalten.
Die Aufwandsentschädigung für die Vorsitzenden der Ausschüsse (50 DM) und die Vorsitzenden der Fraktionen (80 DM) sollen entfallen. Dafür schlagen wir folgende Einfügung vor:
‚Jede Fraktion erhält für Büro- und Öffentlichkeitsarbeit einen Monatszuschuß von 100 DM.'
Werte Kollegen,
wir machen diese Veränderungsvorschläge nicht aus billiger Effekthascherei. Selbstverständlich sollen alle Verdienstausfälle abgegolten werden, selbstverständlich sollen die tatsächlichen Auslagen erstattet werden. Aber, wir sollten auf dem Boden bleiben, alles was wir hier tun, machen wir freiwillig und uneigennützig zum Wohle der Bürger, zumindest war dies den Wahlprogrammen aller Parteien so zu entnehmen.
Die Sport- und Vereinsfunktionäre sind schließlich ebenfalls viele Abende in der Woche unterwegs, zum Wohle der Allgemeinheit und erhalten dafür keine Vergütung.
Wir alle waren – sicher in unterschiedlicher Stärke – empört, als Landtags- und Bundestagsabgeordnete das Parlament als Selbstbedienungsladen benutzten und sich die Diäten erhöhten. Wir wollen nicht, daß der Bürger morgen sagt, die sind alle gleich – jetzt fangen die in diesem Parlament auch schon so an."

Die Anträge der DKP gegen die Erhöhung der Sitzungsgelder wurden von allen SPD- und CDU-Stadtverordneten gemeinsam abgelehnt.

„DIÄTENERHÖHUNG" NACH BONNER VORBILD

In der Stadtverordnetensitzung beschlossen die SPD- und die CDU-Fraktion gegen die Stimmen der DKP eine Erhöhung der „Sitzungsgelder" um 100 Prozent.
Erstmalig erhalten auch die Fraktionsvorsitzenden und die Ausschußvorsitzenden zusätzliche Zuwendungen, nämlich monatlich 50,– bzw. 100,– DM.
Die Aufwandsentschädigung des Stadtverordnetenvorstehers erhöht sich von 50,– auf 100,– DM und die der Stadräte von 75,– auf 100,– DM. Nach den Vorschlägen der DKP-Fraktion, die abgelehnt wurden, hätte die Stadt jährlich zirka 55.000 DM gespart.



Die DKP-Fraktion im Stadtparlament von Mörfelden-Walldorf (von links: Heinz Hechler, Mörfelden; Lorenz Pons, Walldorf; Rudi Hechler, Mörfelden).

Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, 6082 Mörfelden, Hochstraße 22. Druck: Eigendruck